

CAI EA5
C18G
MAY 11/77
DOCS

Profil **Kanada**



Jahrgang 4, Nr. 9

11. Mai 1977

Ottawa, Kanada

Kanadas Haltung zu dem Problem der Apartheid in der Südafrikanischen Republik, S. 1

Französische Beteiligung an kanadisch-deutscher Drohnenentwicklung, S. 4

Schüleraustausch zwischen Ontario und Quebec, S. 4

Eaton-Zentrum in Toronto eröffnet, S. 4

Gebratenes Papier - bessere Pommes frites, S. 5

Kurznachrichten, S. 6

Kanadas Haltung zu dem Problem der Apartheid in der Südafrikanischen Republik

Die folgenden Ausführungen entstammen einer Rede, die der ständige Vertreter Kanadas bei den Vereinten Nationen, William H. Barton, am 30. März anlässlich einer Debatte des Sicherheitsrats über das Problem Südafrika gehalten hat.

* * * *

Die kanadische Regierung hat immer wieder ihren Abscheu vor der Apartheidspolitik Südafrikas und vor dem darin verankerten Muster einer zur Institution gemachten rassischen Diskriminierung ausgesprochen. Die Apartheid ist grausam und erniedrigend, weil sie in das tägliche Leben und die Möglichkeiten der großen Majorität der Bürger dieses Landes eingreift. Dieser Majorität ist es nicht gestattet, unter gleichen Bedingungen wie alle übrigen Bürger an dem wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Leben ihres Landes teilzunehmen. Ihr Leben ist durch ein Netz von Gesetzen eingeengt, die festlegen, was für einen Beruf sie auf welcher Ebene und zu welchem Gehalt ausüben dürfen, welche Art von Erziehung ihnen und ihren Kindern zur Verfügung steht, wo sie leben und ob sie von ihren Familien getrennt leben müssen und mit wem und unter welchen Umständen sie verkehren dürfen. Die Grausamkeit des Systems beruht nicht nur auf den täglichen Verfolgungen und Unterdrückungen der Afrikaner und anderer Farbiger, sondern auch auf der Tatsache, daß die Männer und Frauen dieser Bevölkerungsgruppen nur dann Hoffnung auf ein friedliches Leben hegen können, wenn sie die ihnen von der Gesellschaft zudiktierte untergeordnete und nicht gleichwertige Rolle annehmen, und zwar als unabänderlichen Zustand für ihre Kinder, Großkinder und kommende Generationen.

Die Bantustanpolitik

Eine direkte und annehmbare Entwicklung, die sich aus der Apartheid ergibt, ist die Politik der "Bantustanisierung". Die kanadische Regierung hat zusammen mit allen Mitgliedstaaten dieser Organisation die sogenannte Unabhängigkeit der Transkei, des ersten Sprosses



Weitere Broschüren, Informationsblätter usw. über Kanada sind bei folgenden kanadischen Auslandsvertretungen erhältlich:

Kanadische Botschaft
53 Bonn/BRD
Friedrich-Wilhelm-Str. 18

Kanadische Militärmission und
Kanadisches Konsulat
1 Berlin 30
Europa-Center

Kanadisches Generalkonsulat
4 Düsseldorf/BRD
Immermannstr. 3

Kanadisches Generalkonsulat
7000 Stuttgart 1/ BRD
Königstr. 20

Kanadisches Generalkonsulat
2000 Hamburg 36/BRD
Esplanade 41/47

Kanadische Botschaft
1019 Wien/Osterreich
Dr.-Karl-Lueger-Ring 10

Kanadische Botschaft
3000 Bern/Schweiz
Kirchenfeldstr. 88

des "Bantustansystems", abgelehnt. Wir haben dies getan, weil ein System angeblich als Selbstbestimmung dargestellt wird, das für ungefähr 80 Prozent der südafrikanischen Bevölkerung nur 13 % des Bodens vorsieht. Das Land, das den Schwarzen zugesprochen wurde, ist häufig arm und nicht entwicklungsfähig. Darüber hinaus werden die Bantustans in bis zu je zehn kleine, nicht lebensfähige Landparzellen aufgeteilt, die einander nicht berühren, sondern durch für Weiße reserviertes Land getrennt sind. Die Bantustanpolitik wirkt auch grausam diskriminierend gegen die Millionen von afrikanischen Städtern, die niemals ein Stück heimatliches Land gesehen haben oder damit verbunden gewesen sind, deren gegenwärtige und zukünftige Bindung dagegen zu der industrialisierten Stadt besteht, in der sie arbeiten, ebenso wie zu den Kreisstädtchen, von denen sie jeden Tag ihres Lebens über weite Entfernungen zu ihrer Arbeit hin- und herreisen. Dies ist keine zukunftssträchtige Lösung für alle Afrikaner. Diese künstliche wirtschaftliche Aufteilung ist vielmehr sinnlos innerhalb einer hochentwickelten nationalen und internationalen Wirtschaft, die eher verstärkte regionale wirtschaftliche Integration verlangt als das Gegenteil.

...Die Gewalttätigkeiten, die vor 17 Jahren in Sharpeville und im vorigen Jahr in Soweto ausbrachen, wo sie im letzten Fall 400 Tote kosteten, waren nicht, wie von der Südafrikanischen Republik behauptet wurde, auf auswärtige Aufhetzung zurückzuführen; sie waren vielmehr ein Spiegel der tiefen Unzufriedenheit und Verzweiflung der Majorität sowie ein Zeichen ihrer Entschlossenheit, die Gerechtigkeit zu erringen, die ihnen so lange verweigert worden war....

Die Ereignisse in Soweto und die Folgen davon bildeten eine grauenhafte menschliche Tragödie. Aber die größte Tragödie war die Reaktion der südafrikanischen Regierung auf diese Ereignisse. Tausende wurden ohne Anklagegrund festgenommen oder aus keinem anderen Grunde als ihrer Stellung als soziale, religiöse und politische Führer verhaftet. Scharen von ihnen wurden aufgrund der repressiven Apartheidgesetze vor Gericht gestellt. Nicht weniger als 18 sollen während der Verhöre und der Gefangenschaft gestorben sein, und es liegen Anzeichen vor, daß eine große Zahl anderer gefoltert oder unter unerlaubten Druck gesetzt worden sind.

...Wir erinnern daran, daß im Oktober 1974 der Vertreter von Südafrika hier vor diesem Forum erklärt hat, es sei die Absicht seiner Regierung, die Diskriminierung aus rassistischen Gründen aufzugeben. Wir haben vergeblich auf bedeutungsvolle Handlungen gewartet. Einige kleine Veränderungen haben stattgefunden, die man begrüßen muß, aber nur insoweit, wie sie eine Änderung der geistigen Haltung der Südafrikanischen Regierung andeuten. Ansonsten blieb es jedoch offenbar, daß in Wirklichkeit keine Anstrengungen gemacht worden sind, mit einer Entschärfung der Apartheid zu beginnen oder auch nur von ihren härtesten oder repressivsten Erscheinungsformen abzurücken. Im Gegenteil, die Regierung hat weiterhin die Sammlung repressiver Gesetze vermehrt, die das System unterstützen. Neuerdings deutete sie die Absicht an, die Freiheit der Presse ernstlich zu beschränken....

...Es ist wichtig zu erkennen, daß der Kern einer Evolution der südafrikanischen Politik, in der Richtung, die wir alle wünschen, in der Haltung der Südafrikaner selbst liegt - und darunter verstehe ich die Gesamtheit der Bevölkerung. Ich zweifle nicht daran, daß nach einer gewissen Zeit der Druck der Ereignisse von Sharpeville und Soweto, die von den weißen Universitätsstudenten bewiesene Solidarität mit ihren schwarzen und farbigen Kameraden sowie der zunehmende aktive Widerstand gegen sozialen und wirtschaftlichen Mißbrauch die entscheidenden Faktoren für eine Änderung der gegenwärtigen Regierungspolitik sein werden.

Dies allerdings enthebt uns nicht der Verpflichtung, alles in unserer Kraft Stehende und von uns gemeinsam für geeignet Befundene zu tun, die Anstrengungen des südafrikanischen Volkes zur Erlangung der Selbstbestimmung zu unterstützen. Ebenso müssen wir die Ziele fördern, die wir herausgearbeitet haben und über die, wie ich hoffe, wir in dieser Debatte alle gleicher Meinung sind.

Die kanadischen Handlungen

1963 hat sich Kanada freiwillig für ein Embargo auf den Verkauf militärischen Geräts nach Südafrika entschlossen und hat 1970 dieses Embargo in Übereinstimmung mit den einschlägigen Entschlüssen des Sicherheitsrats auf den Export von Ersatzteilen für solches Gerät ausgedehnt. Kanada zahlt darüber hinaus erhebliche Beiträge an die Vereinten Nationen und an andere multilaterale nichtstaatliche Fonds, die eingerichtet wurden, um die afrikanischen Völker im Süden Afrikas im Schul- und Ausbildungswesen unter die Arme zu greifen und ihnen soziale und Entwicklungshilfe zu gewähren. Wir erschweren sportliche Kontakte mit Südafrika, indem wir kanadischen Einzelpersonen und Vereinen, die in Südafrika an Wettkämpfen teilnehmen wollen, jede moralische oder finanzielle Hilfe versagen - ebenso wie jedem sportlichem Ereignis in Kanada, an dem Südafrikaner teilnehmen. Wir unterstützen internationale Aktionen dieser Art, weil der Sport in Südafrika im Gegensatz zu den olympischen Grundsätzen von Gesetzes wegen auf rassistischer Basis organisiert wurde und noch organisiert ist.

Wir nehmen auch größere Engagements an Zusammenarbeit mit den unabhängigen Völkern Südafrikas an, um unseren Beitrag zu der Entwicklung dieser Länder zu leisten und ihr Vorhaben zu unterstützen, Gesellschaftsformen mit sozialer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit für alle ihre Mitbürger zu errichten. Diese Gesellschaftsformen werden den Beweis liefern, daß die rassistischen Argumente der Minoritätsregierungen ohne Berechtigung sind, die behaupten, daß Stabilität, Gerechtigkeit und Zivilisation unterhöhlt werden würden, wenn es der Majorität der afrikanischen Völker erlaubt werden würde, volle und gleichberechtigte Stimme in der Regierung dieser Länder zu haben.

...Ein Kernpunkt der kanadischen Außenpolitik besteht darin, daß wir mit allen Völkern einen friedlichen Handelsverkehr unterhalten, auch mit solchen, mit deren Politik wir uns vollständig im Widerspruch befinden - mit Ausnahme unserer Verpflichtungen nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen. Kanada wird selbstverständlich weiterhin im Einklang mit seinen Verpflichtungen nach der Charta der Vereinten Nationen alle bindenden Entscheidungen des Sicherheitsrates gewissenhaft durchführen. Der Rat wird bei seinen Entscheidungen von der Art der zukünftigen Entwicklungen beeinflusst werden, wie sie nicht nur Südafrika selbst, sondern auch Zimbabwe und Namibia betreffen. In dieser Hinsicht sagte der kanadische Außenminister kürzlich: "Ich glaube, daß wir ernstlich Gefahr laufen, den Ausbruch eines sehr blutigen Konflikts in Südafrika zu erleben, wenn nicht in absehbarer Zukunft klare und deutlich sichtbare Veränderungen eintreten..."

Herr Präsident, nach Ansicht der kanadischen Regierung ist es in diesem Stadium notwendig, daß die Nationen, die Beziehungen zur Südafrikanischen Regierung unterhalten, jeden Vorteil zu einer konstruktiven Einflußnahme auf diese Regierung benutzen...

Aufruf zu einer Grundsatzerklärung

...Wir glauben, daß der Sicherheitsrat in diesem Augenblick die Gelegenheit hat, einen entscheidenden und konstruktiven Schritt zu tun. Wir hoffen, daß er den Mut und die Weisheit gerade dazu hat. Aus diesem Grund halten wir es für wichtig, daß der Sicherheitsrat sich für einige Zeit von der Haltung trennt, die sich bisher als unwirksam erwiesen hat. Anstatt dessen sollte er eine Grundsatzerklärung über Südafrika annehmen, die für alle Mitglieder des Rates in deutlichen Worten als Festlegung unserer Ziele in Südafrika dienen kann. Die einstimmige Annahme dieser Erklärung wird einen doppelten Zweck erfüllen. Sie wird einmal für die Regierung von Südafrika als eindeutige Erklärung unserer Absichten dienen. Andererseits wird sie für die Bürger unserer Länder eine klare Beschreibung der Politik des Sicherheitsrates gegenüber diesen ungelösten Problemen

darstellen und damit als Triebkraft der öffentlichen Meinung in Richtung auf unsere Ziele dienen. Mit anderen Worten: Wir werden durch diese Aktion alle Mitglieder des Sicherheitsrates an einer aktiven Unterstützung der Arbeit für eine Lösung der Probleme dieses Gebietes beteiligen.

Französische Beteiligung an kanadisch-deutscher Drohnenentwicklung

Am 29. März kündigten Jean-Pierre Goyer, kanadischer Minister für Beschaffung und Dienstleistungen, und Jean Chrétien, kanadischer Minister für Handel und Industrie, den Abschluß eines Abkommens an, nach dem sich Frankreich an der kanadisch-deutschen Entwicklung der Aufklärungsdrohne AN/USD-502 beteiligen und auf seine Kosten die Entwicklung, Erprobung und Auswertung des Optronik-Systems durchführen wird. Die Drohnenoptronik besteht aus einem Infrarot-Zeilenabtastgerät und anderem elektronischem Gerät.

Der Haupt-Entwicklungsvertrag für das Drohnensystem wurde im Juli 1976 vom Beschaffungsministerium an die kanadische Firma Canadair Limited vergeben, welche im Rahmen dieses kanadisch-deutschen Gemeinschaftsprojekts auf Kostenteilungsbasis für einen Großteil der vertraglichen Arbeiten einen Unterauftrag an Dornier GmbH in Friedrichshafen erteilt hat.

Frankreich wird sich an jenen Integrations-, Erprobungs- und Auswertungsarbeiten des Projektes beteiligen, welche mit der Funktion des Optronik-Systems zusammenhängen. Der Arbeitsauftrag dafür erging von der französischen Regierung an die Société Anonyme de Télécommunications (SAT), eine auf dem Optroniksektor eingeführte französische Firma. Die französische Beteiligung in Höhe von ca. 10 % des Gesamtprogramms wird den kanadischen Arbeitsanteil an dem Projekt nicht beeinträchtigen.

Die Drohne AN/USD-502 ist ein Aufklärungssystem für taktische Aufklärungsaufgaben im vorderen Teil des Verteidigungsraumes; sie ist eine verbesserte, auf größere Reichweite ausgelegte Version des von Canadair vor einigen Jahren entwickelten Aufklärungsdrohnensystems AN/USD-501. Das Projekt AN/USD-502 wird im Namen des Bundesministeriums der Verteidigung und des kanadischen Handelsministeriums vom kanadischen Beschaffungsministerium geleitet und durchgeführt.

Schüleraustausch zwischen Ontario und Quebec

John Roberts, kanadischer Secretary of State (dessen Ministerium sich unter anderem auch mit kulturellen Angelegenheiten befaßt) kündigte Ende März ein Austauschprogramm zwischen französisch- und englischsprachigen Grund- und Oberschülern der Provinzen Quebec und Ontario an. Im Rahmen dieses Programms wird den Schülern durch zweimal zweiwöchige Sommeraufenthalte (insgesamt vier Wochen) und zweimal einwöchige Winteraufenthalte (insgesamt zwei Wochen) in jeweils anderssprachigen Familien und Gemeinschaften die Gelegenheit geboten, die anglokanadische bzw. frankokanadische Sprache und Kultur aus erster Hand besser kennen und verstehen zu lernen. Sprachlich und kulturell betonte Veranstaltungen werden dieses vertiefte Verständnis bei den Schülern noch besonders fördern helfen.

1977/78 werden 8768 Schüler aus sieben Schulbezirken, im darauffolgenden Jahr 11 152 Schüler aus 12 Schulbezirken an diesem Programm teilnehmen.

Eaton-Zentrum in Toronto eröffnet

Im Februar wurde der erste Abschnitt des Eaton-Zentrums in Toronto - eines Objekts von 250 Mio Dollar - als neuester Zuwachs zu dem Geschäftsviertel der Stadt

eröffnet. Das Gesamtvorhaben wird nach seiner Fertigstellung im Jahre 1979 über 4 ha direkt östlich von dem Rathaus Torontos einnehmen.



Der erste (beendete) Abschnitt besteht aus der 260 m langen "Gallerie", einem 26stöckigen Büroturm und (größeres Bild) dem Warenhaus Eaton mit zwei Hochhausgaragen für je 700 Wagen.

Der Entwurf wurde von Einkaufspromenaden und -zentren sehr verschiedener Stile beeinflusst. Obgleich das Zentrum futuristisch aussieht, hat man es mit der berühmten "Gallerie" in Mailand verglichen, und es zeigt mehr als nur eine Anlehnung an den alten Kristallpalast in London.

Das kleinere Bild zeigt die Gallerie von innen - eine dreistöckige, von einem Glasdom überdachte Kaufstraße, die sich über einen ganzen Häuserblock erstreckt. Da gibt es 300 Einzelläden und fast 16 000 qm Büroräumlichkeiten, Cafés, Bäume, Anschlagtafeln, Pflasterboden, eine 12 Meter hohe Fontäne und über einen Hektar Gehsteige.

In dem neuen Eaton-Zentrum werden täglich 100 000 Besucher erwartet. Es enthält beinahe die ganze Warenauswahl der größten Warenhauskette Kanadas.



Gebratenes Papier - bessere Pommes frites

Der Koch prüft die Temperatur des Öls. Dann senkt er den Drahteinsatz in den Topf und brät seine kulinarische Schöpfung zur Vollendung.

Das klingt nach exklusivem Restaurant, aber der Schauplatz dieses Ereignisses ist die Forschungsstation des kanadischen Landwirtschaftsministeriums in Moncton (Manitoba), und bei dem Koch handelt es sich um einen Laboranten im weißen Arbeitskittel. Die kulinarische Schöpfung besteht aus Filterpapierscheibchen, die mit Kartoffelsaft getränkt sind.

"Die Leute lachen sich immer halbtot, wenn sie hören, daß wir hier kleine Papierstückchen braten", erklärt Andy Russell, der Leiter des Kartoffelzuchtprogramms der Forschungsstation, der bei seiner Arbeit diese Zubereitungsmethode für nützlich hält. "Praktisch sparen wir dadurch eine Menge Zeit und Geld", sagte er. "Letztes Jahr haben wir über 30 000 Filterscheibchen gebraten."

Das Ganze ist ein Schnellverfahren, um festzustellen, ob eine neue Kartoffelsorte den Anforderungen der Pommes-frites-Hersteller Genüge leistet. In den Prärieprovinzen werden jährlich auf über 60 000 Morgen Speisekartoffeln angebaut; rund 70 % der Ernte geht in die Verarbeitungsindustrie, und ein großer Teil wird zur Herstellung von Pommes frites verwendet.

"Manche der neuen Sorten, die wir jedes Jahr testen, eignen sich auf Grund ihrer Beschaffenheit, Größe und Form für diese Verarbeitung, aber der ausschlaggebende Faktor ist ihr Verhalten bei der Zubereitung: die Kartoffelscheiben müssen sich schön goldbraun braten lassen." Früher mußte man für derartige Versuche eine Kartoffel schälen, in Scheiben schneiden und braten. "Heute halbieren wir einfach eine Kartoffel, legen ein Stück Filterpapier zwischen die beiden Hälften und drücken sie zusammen. Das Papier saugt die Säfte aus der Kartoffel auf", erläuterte Russel den Vorgang. Danach kommen die Filterpapierscheibchen in die Friteuse. Die Farbe des gebratenen Filterpapiers entspricht dem Farbton, den ein Kartoffelstäbchen annehmen würde und kann mit Standardfarben verglichen werden.

"Dieses Verfahren ist schneller und auch billiger als die alte Methode", sagte der Wissenschaftler, "und für das Zuchtprogramm ist es ebenso genau. Ein weiterer Vorteil besteht darin, daß man auf das Papierscheibchen sogar den Namen der untersuchten Sorte schreiben kann."

Kurznachrichten

- Das kanadische Unterhaus hat seine grundsätzliche Zustimmung zu einem neuen Einwanderungsgesetz gegeben. Die Gesetzesvorlage, die jetzt von einem Ausschuß des Unterhauses im Einzelnen geprüft wird, würde die Regierung ermächtigen, sowohl jährliche Einwanderungsquoten festzulegen als auch Maßnahmen zu ergreifen, um der Konzentrierung von Einwanderern in den Großstädten entgegenzuwirken und sie in Gebiete zu leiten, in denen ein Mangel an Arbeitskräften besteht.
- Die kanadische Bundesregierung hat nicht die Absicht, Devisenkontrollen oder sonstige Maßnahmen zur Unterstützung des kanadischen Dollars einzuführen, sagte Premierminister Trudeau. "Der kanadische Dollar kann frei floaten. Wenn er also auf den Devisenmärkten der Welt einen niedrigeren Kurs erzielt, werden wir nicht eingreifen, um dies zu verhindern Wir werden keine Devisenkontrollen einführen und uns damit selbst vormachen, reicher zu sein, wenn wir in Wirklichkeit ärmer geworden sind."

Herausgegeben von der Informationsstelle des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, Ottawa K1A 0G2.

Nachdruck unter Quellenangabe gestattet; Quellennachweise für Photos sind im Bedarfsfall von der Redaktion (Mrs. Miki Sheldon) erhältlich. Ähnliche Ausgaben dieses Informationsblatts erscheinen auch in englischer, französischer und spanischer Sprache.

This publication appears in English under the title Canada Weekly. Cette publication existe également en français sous le titre Hebdo Canada. Algunos números de esta publicación aparecen también en español con el título Noticiario de Canadá.